

### **Wie ist es bestellt um die Transparenz im deutschen Stiftungswesen?**

Oder besser gefragt: Wie ausgeprägt ist im deutschen Stiftungssektor das Verständnis für die Bedeutung von Transparenz der eigenen Arbeit?

Die Katarina-Witt-Stiftung muss sich erklären hinsichtlich ihrer nicht gelebten Transparenz, schreibt die TAZ am 2. Februar 2012. Und der Journalist und Autor Stefan Loipfinger ("Die Spendenmafia", Oktober 2011) fordert auf [www.spendenpetition.de](http://www.spendenpetition.de) dazu auf, eine Petition zu unterzeichnen, die zum Ziel hat, dass alle Vereine und Stiftungen ab einem 'Jahresumsatz' von 30.000 Euro "die Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben öffentlich" zu machen haben. Am 7. März 2012 erreicht mich die Nachricht, dass Stefan Loipfinger seine Initiative CharityWatch wegen des zu hohen Aufwands eingestellt hat, CharityWatch war auch Ausgangspunkt der Spendenpetition. Stefan Loipfingers Publikation wurde umstritten rezipiert – gleichwohl bleibt die Einforderung von mehr Transparenz im dritten Sektor ein wichtiges Thema.

Dies zeigt der Newsletter der Aktiven Bürgerschaft vom 29. Februar 2012, in dem auf ein Positionspapier zur angemessenen Transparenzpflicht für gemeinnützige Organisationen hingewiesen wird (Autor: Dr. Stefan Nährlich, Geschäftsführer der Aktiven Bürgerschaft e.V.). Seine Kernthese möchte ich hier zitieren: "Bürgerschaftliches Engagement und gemeinnützige Organisationen müssen, wie Verwaltungen oder Unternehmen auch, Rechenschaft über ihr Handeln ablegen. Es ist nicht mehr haltbar, dass Organisationen, die sich – zumal mit steuerlichen Vergünstigungen – in öffentliche Belange einbringen wollen, von Rechenschaftspflichten ausgenommen sind. Diese Rechenschaft besteht nicht nur gegenüber Vereinsmitgliedern oder z.B. staatlichen Stiftungsbehörden, sondern auch gegenüber der Gesellschaft, also der allgemeinen Öffentlichkeit." Genau darum geht es. Lesen Sie das Positionspapier der Aktiven Bürgerschaft e.V..

Ausgangspunkt meiner Überlegungen zum Thema Transparenz aber ist die Veröffentlichung "Die Goodwill-Gesellschaft" von Robert Jacobi, erschienen im Dezember 2009. Bei Deutschlandradio Kultur wurde dieses Buch im Januar 2010 beschrieben als "eine Expedition durch den unkartografierten Kontinent der Non-Profit-Welt und ein flammender Appell für mehr Mut zur Öffentlichkeit. Ein Stück Aufklärung eben.". Kurz gesagt geht es Robert Jacobi in seinem Buch um folgende Ausgangsthese: "Das Geldverschenken (meint: die Ausschüttungen und Förderungen von gemeinnützigen Stiftungen) erfolgt steuerbegünstigt, und wir alle haben einen Anspruch darauf zu erfahren, was hier geschieht." Und weiter:

"Stiftungen, Vereine und vergleichbare Organisationen dürfen selbst entscheiden, ob sie Geschäftszahlen preisgeben oder nicht. Es besteht keine Datenbank, die darüber informiert, wer hinter bestimmten finanziellen Zuwendungen steckt; nicht einmal darüber, welche Stiftung sich in welchem Umfang einem bestimmten Thema widmet." Jacobi spitzt sehr übertrieben zu, wenn er schlussfolgert: "Geheimniskrämerei ist an der Tagesordnung". Im Juni 2010 war Robert Jacobi dann zu Gast bei der Stiftungsinitiative Hannover. Dort bildeten statistische Daten zur Transparenz im deutschen Stiftungswesen die Grundlage dafür, gemeinsam mit Martina Fragge (Leiterin Kommunikation der Niedersächsischen Sparkassenstiftung) im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung das Themenpaar "Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit im Stiftungswesen" zusammenzuführen – denn diese Themen gehören zusammen.

Die statistischen Daten zeichnen ein in der Tat eher unbefriedigendes Bild: "Nach Erhebungen der Zeitschrift Stiftung & Sponsoring hält lediglich jede vierte Stiftung Transparenz für ein wichtiges Ziel ihrer Arbeit. Und fast jede dritte schreibt dem Thema eine sehr geringe oder gar keine Bedeutung zu." (Quelle: Veranstaltungsflyer der Stiftungsinitiative Hannover). Ich möchte noch weitere Zahlen nennen, die aufhorchen lassen: Nur 13% der deutschen Stiftungen lassen einen Jahresbericht drucken, nicht einmal jede Zehnte veröffentlicht finanzielle Angaben im Internet (Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen 2010, gelesen im Stiftungs-Spezial der ZEIT am 28. Juli 2011); und fast noch weniger nachvollziehbar im Jahr 2012: 69,5% aller Förderstiftungen verfügen über keine eigene Internetpräsenz (Quelle: Statistisches Bundesamt 2010, gelesen im Stiftungs-Spezial der ZEIT am 22. Juni 2011).

Spätestens an dieser Stelle ist eine Konkretisierung notwendig: Worüber reden wir zahlenmäßig? Es existieren aktuell fast 19.000 Stiftungen in Deutschland (Stand: Ende 2011, Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen). Davon sind 96% als gemeinnützig anerkannt und somit steuerbegünstigt im Sinne der §§ 51 bis 68 der Abgabenordnung (Quelle: Katrin Kowark, Stellvertretende Pressesprecherin des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, am 15. Februar 2012 in einem Xing-Beitrag im Forum Stiftungskommunikation des BVDS).

Die Journalistin Hannelore Crolly macht in ihrem Text "Stifter fürchten um ihren Ruf" (Die Welt, 4. Januar 2012) folgende Rechnung auf: Die in Deutschland aktuell existierenden Stiftungen verfügen über "einen Vermögenstopf von 100 Milliarden Euro". Eingeworbene Spenden eingerechnet fließen aus diesen Stiftungen "rund 30 Milliarden Euro pro Jahr in Projekte". Ausgehend von dem Schätzwert, nach dem über 95% aller deutschen Stiftungen gemeinnützig und steuerbegünstigt sind, fließen nach Crollys Zahlenspielen also über 28 Milliarden steuerbegünstigte Euro in unterschiedlichste Vorhaben. Dr. Rupert Graf Strachwitz vom Maecenata Institut bricht diese riesige Summe runter und sagt: "In jedem Euro, den eine Stiftung

verwendet, stecken – je nach Steuersatz des Stifters oder Spenders – bis zu 50 Cent, die dem Staat als Steuer entgangen sind." (Quelle: "Nonprofit-PR", herausgegeben von Ulrich Brömmling, S. 276). Ulrich Brömmling ist es auch, der in seiner Rezension zur "Goodwill-Gesellschaft" in der Süddeutschen Zeitung eine realistischere Zahl hinsichtlich der Ausschüttungen deutscher Stiftungen nennt: "Zwar sind die Geldmittel, die deutsche Stiftungen selbst erwirtschaften, mit jährlich rund vier Milliarden verschwindend gering im Vergleich zu den staatlichen Aufwendungen. Doch wie wichtig auch dieser Betrag ist, weiß jeder, der die sozialen Notlagen vor Ort kennt, der die Bildungsmisere beklagt, die Theaterschließungen und die wachsenden Klimaprobleme."

Egal, ob wir nun von vier Milliarden oder 30 Milliarden ausgehen – gemeinnützige Stiftungen arbeiten mit finanziellen Mitteln, auf die der Staat im Sinne seines Gemeinnützigkeitsrechts als Steuereinnahmen verzichtet. Täte er dies nicht, hätte er höhere Steuereinnahmen und könnte selber Mittel in die Hand nehmen, um anstehende Probleme zu lösen. Über die Steuerbefreiung aber motiviert er Stifter und Stiftungen dazu, sich zu engagieren – und dieses bürgerschaftliche Engagement tut Deutschland gut.

Wer aber prüft, was die engagierten Stifter und Stiftungen anstellen mit ihrem Status der Steuerbefreiung und inwieweit ihr Tun tatsächlich der Allgemeinheit zu Gute kommt? Nun, dies überwachen die jeweils zuständige Finanzverwaltung und die Stiftungsaufsichtsbehörde. Beiden Einrichtungen sind von der Stiftung eine Jahresabrechnung mit einer Vermögensübersicht sowie ein Bericht über die Erfüllung des Stiftungszweckes vorzulegen. Weitere Berichts- oder Transparenzvorschriften aber existieren nicht. Ulrich Brömmling bringt in seiner Jacobi-Rezension auf den Punkt, dass es bei der Transparenz im deutschen Stiftungswesen also in hohem Maße um Vertrauen geht: "Ist die Gesellschaft bereit, gemeinnützige Stiftungen von Steuern freizustellen? [...] Wenn ja, dann muss man dem Stifter – kontrolliert durch Stiftungsaufsicht und Finanzbehörde – Handlungsspielräume zugestehen, ohne selbst den Grad an Innovation, Transparenz und Effizienz festzulegen."

Wie aber entsteht Vertrauen, und wie gewinnt jede einzelne Stiftung das Vertrauen der Öffentlichkeit? Nur durch eine selbstempfundene Verpflichtung zur Transparenz und ein kontinuierliches Informationsangebot an die Öffentlichkeit. Denn diese Öffentlichkeit, oder besser: jeder Bundesbürger ist es, der die Arbeit der gemeinnützigen Stiftungen durch deren Steuerbefreiung mitträgt – und der ihnen deshalb vertrauen können sollte. Jemandem zu vertrauen, von dem man nichts weiß und über dessen Arbeit man zudem keine Informationen findet, ist jedoch nahezu unmöglich. Dabei ist dieses Informationsangebot so schwer gar nicht zu erstellen – ist doch mit ein wenig Textarbeit und ein wenig Kommunikationsdesign recht schnell aus der oben erwähnten, gesetzlich vorgeschriebenen Berichtspflicht (Jahresabrechnung mit einer Vermögensübersicht sowie ein Bericht über die

Erfüllung des Stiftungszweckes) gleich zweierlei gewonnen: Input für eine Internetseite und Material für einen einfachen Jahresbericht. In der STIFTUNG NORD/LB · ÖFFENTLICHE, einer gemeinnützigen, klassischen Förderstiftung mit einem Vermögen von ca. 37 Mio. Euro und einem im Sinne Stefan Loipfingers geschätzten 'Jahresumsatz' von über 1 Mio. Euro, haben wir im Jahr 2005 wie beschrieben damit begonnen, sehr transparent und kontinuierlich wesentliche Zahlen, Daten und Fakten lesbar und verständlich aufzubereiten. Vorstand und Kuratorium dieser Stiftung waren und sind davon überzeugt, dass ihrer als gemeinnützig und steuerbegünstigt anerkannten Stiftung aus genau diesen beiden Sachverhalten die besondere Verantwortung für eine größtmögliche Transparenz gegenüber ihren Partnern und der Öffentlichkeit erwächst. Nun war diese Stiftung zu diesem Zeitpunkt bereits 11 Jahre alt, und hat mithin diese Zeitspanne benötigt, ein solches Selbstverständnis von Verantwortung und Transparenz zu entwickeln. Dieses Selbstverständnis aber ist es, was vielen Stiftungen und in Stiftungen Engagierten noch abgeht.

Der Bundesverband Deutscher Stiftungen treibt das Thema Transparenzverständnis seiner Klientel deshalb voran – einmal über das Projekt "Grundsätze guter Stiftungspraxis", zum anderen über die Unterstützung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Beide Ansätze bauen auf Freiwilligkeit, also auf die Selbstverpflichtung zur Transparenz durch die gemeinnützigen Akteure. Die Initiative Transparente Zivilgesellschaft fasst ihr Credo überzeugend zusammen: "Wer für das Gemeinwohl tätig wird, sollte der Gemeinschaft sagen: Was die Organisation tut, woher die Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer die Entscheidungsträger sind.". Weiter heißt es: "Wo Engagement für die Gemeinschaft stattfindet, sollte Transparenz gegenüber der Gemeinschaft selbstverständlich sein.". Diese Gedanken entsprechen auch meiner Philosophie und meinen Vorstellungen von Transparenz. Der Unternehmer, Stifter und Milliardär Dietmar Hopp sagt es laut Robert Jacobi so: "Wer es gut meint, der sollte nichts zu verbergen haben."

Zum Nachdenken für alle Engagierten möchte ich hier auch die theoretische Grundlage der Initiative zitieren: "Während Kapitalgesellschaften in Deutschland seit Januar 2007 auf einer Internetplattform ihre Bilanz, Namen der Geschäftsführung, Anzahl des hauptamtlichen Personals und anderes mehr offen legen müssen, sind Organisationen der Zivilgesellschaft (ausgenommen gemeinnützige Kapitalgesellschaften wie gGmbHs oder gAGs) nicht verpflichtet, die Öffentlichkeit über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel zu informieren. Bei gemeinnützigen Organisationen besteht zwar gegenüber den Finanzämtern eine Auskunftspflicht, ein spezifisches und einheitliches Format existiert dafür jedoch nicht. Überdies unterliegen alle beim Finanzamt eingereichten Informationen dem Steuergeheimnis und werden nur veröffentlicht, sofern die Organisationen dies freiwillig tun." Aber genügt die Freiwilligkeit? Manche Stiftungsexperten fordern bereits eine gesetzliche Berichtspflicht: "Nötig sind verbindliche Standards für gemeinnützige Organisationen,

nach denen Leistung bewertet und verglichen werden kann. Die müssen vom Gesetzgeber kommen", so Karsten Timmer von Panta Rhei (Die Welt, 4. Januar 2012). Womit wir wieder am Anfang, sind beim Positionspapier von Dr. Stefan Nährlich. Genau an dieser Stelle aber ist zu fragen, ob das deutsche Stiftungswesen es tatsächlich zu gesetzlichen Vorschriften für Transparenz- und Berichtspflichten kommen lassen will.

Fazit: In diesem Bereich liegt noch viel Arbeit an sich selbst vor dem deutschen Stiftungssektor. Noch höre ich viel zu häufig die Standardsätze: "Warum sollten wir kommunizieren oder Werbung für uns machen?" auf meinen Hinweis, dass Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit unmittelbar zusammengehören und im Grunde sogar ohne einander gar keinen Sinn machen. Ich merke dann, dass das Selbstverständnis hinsichtlich der eigenen Transparenzverpflichtung in der deutschen Stiftungslandschaft noch nicht besonders ausgeprägt ist. Dabei ist es, wie oben beschrieben, gar nicht so aufwändig und kostspielig, der Öffentlichkeit ein überzeugendes Transparenzangebot zu machen – gibt es doch Dienstleister aus den Themenfeldern Kommunikation und Design, die sich gut auskennen damit und gern auf diese Weise mitwirken am sinnstiftenden Tun.

**Malte Schumacher** hat von 1988 bis 1998 Geschichte mit Schwerpunkt Wissenschafts- und Technikgeschichte sowie Deutsche Literaturwissenschaft an der TU Braunschweig studiert. Im Oktober 2011 gründete er die Agentur „Malte Schumacher // Strategien und Kommunikation“, deren Angebot sich an Stiftungen, Institutionen, Unternehmen und engagierte Initiativen richtet.

**Kontakt:** [info@malte-schumacher.de](mailto:info@malte-schumacher.de)